

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 80. Ratssitzung vom 14. September 2011

1704. 2011/170

Weisung vom 25.05.2011:

Soziale Einrichtungen und Betriebe, Projekt «Strichplatz», Landreserve Ecke Aargauerstrasse/Würzgrabenstrasse (AL8240), bauliche Massnahmen für eine provisorische Nutzung, Objektkredit

Antrag des Stadtrats

1. Für die Einrichtung des Strichplatzes sowie die anteilige Altlastensanierung wird ein Objektkredit von Fr. 2 395 000.– (Preisstand 1. April 2011) bewilligt, wovon Fr. 1 900 000.– für die Erstellung des Strichplatzes und Fr. 495 000.– für die Entsorgung der Altlasten.
2. Im Hinblick auf die Übertragung des Areals Ecke Aargauer-/Würzgrabenstrasse mit der Grundstücksnummer AL8240 vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen überlässt die Liegenschaftenverwaltung 10 700 m² dieses Grundstücks dem Sozialdepartement für die provisorische Nutzung als Strichplatz zu einem jährlichen Mietbetreffnis von Fr. 92 480.–.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Marcel Savarioud (SP) stellt die Weisung vor und vertritt die Mehrheit: Die Strassenprostitution am Sihlquai, die dort seit Anfang der 90er-Jahre stattfindet, ist heute ein Problem. Die Lohnunterschiede zwischen osteuropäischen Staaten und der Schweiz sind gross, weshalb es für Frauen aus diesen Ländern attraktiv ist, in der Stadt Zürich anzuschaffen. Die Strassenprostitution führt zu gravierenden sozialen und gesundheitlichen Problemen für die arbeitenden Frauen. Sie leiden unter Ausbeutung und Gewalt durch Freier. Der Strassenstrich hat aber auch zahlreiche negative Auswirkungen auf die angrenzenden Quartiere, wie z. B. Lärmbelästigung, Abfall auf Kinderspielplätzen oder die Konfrontation von Anwohnerinnen und Anwohnern mit dem menschlichen Leid dieser Frauen. Es sind sich alle Parteien einig darüber, dass die Situation am Sihlquai untragbar geworden ist und dass etwas dagegen unternommen werden muss. Der Stadtrat hat entschieden, die Strichzone auf ein paar wenige Strassenstriche zu reduzieren sowie am Depotweg einen städtischen Strichplatz zu schaffen. Das städtische Areal am Depotweg ist abgeschlossen und von keiner Seite einsehbar. Dies ergibt bessere Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten. Die Ausstrahlung in die Umgebung kann einfa-

cher verhindert werden als am Sihlquai. Ausserdem gibt es bessere hygienische Rahmenbedingungen. Der Strichplatz wird durch das Sozialdepartement betrieben werden. Die Aufgaben der Betreiberin des Strichplatzes sind das Erstellen des Platzes, die Gewährleistung des Unterhalts, der Betrieb sowie die sozialarbeiterische und medizinische Betreuung der Prostituierten durch Flora Dora und andere Organisationen. Die Durchführung von Sicherheitsmassnahmen durch die Polizei oder durch sip züri muss ebenfalls gewährleistet werden. Der Strichplatz wird zwar nicht rund um die Uhr betreut sein, die Betreuungszeiten entsprechen aber den heutigen und können bei Bedarf erhöht werden. Weil es für Frauen aus Osteuropa lukrativ ist, in Zürich anzuschaffen, kann die Strichzone am Sihlquai nicht ohne die Schaffung eines Alternativangebots geschlossen werden. Den Strichplatz braucht es, damit die Frauen nicht in Quartiere ausweichen, allenfalls ins Niederdorf. Der Platz wird nur für Autofahrer erreichbar sein, Fussgänger und die Zuhälter sollen keinen Zugang haben. Die Polizei kann Männer, die sich nicht an diese Regeln halten, wegweisen. Der Strichplatz wird nicht in einer Wohngegend errichtet. In der Nähe befinden sich aber eine betreute Liegenschaft der Asylorganisation sowie Gewerbebetriebe, deren Anliegen man berücksichtigt hat. In der Kommissionsberatung hat sich schnell gezeigt, dass der Strichplatz eine Mehrheit finden wird. Die Polizei rechnet damit, dass auf dem Strichplatz weniger Polizeipräsenz notwendig sein wird, als am Sihlquai. Beispiele aus Holland und Deutschland zeigen, dass eine Verlegung des Strassenstrichs gut umsetzbar ist. Eine Altlastensanierung wird erst in etwa fünfzehn Jahren nötig sein, wenn das Areal allenfalls anders genutzt werden soll. Eine Gebühr für die Benützung des Strichplatzes ist gemäss Stadtrat zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll, da es sich beim Strichplatz um einen Versuch handelt. Die AL-Fraktion möchte mit ihrem Änderungsantrag erreichen, dass der Strichplatz erst eröffnet werden kann, nachdem der Rat über die Prostitutionsgewerbeverordnung entschieden hat. Es braucht allerdings keine Prostitutionsgewerbeverordnung als Rechtsgrundlage des Strichplatzes. Angesichts des akuten Problems wäre eine Zeitverzögerung nicht gut. Ich bitte Sie daher, der Weisung zuzustimmen und den Änderungsantrag der AL abzulehnen.

Hedy Schlatter (SVP): Ist die Einrichtung eines Autostrichplatzes Aufgabe des Staats? Kommen Freier tatsächlich in eine staatlich überwachte und kontrollierte Zone, wo sie die Anonymität unter Umständen verlieren? Muss der Staat ein privates Gewerbe wie die Prostitution subventionieren? Wo bleibt die Gleichbehandlung anderer Betriebe, anderer Branchen? Der Betreuungsaufwand ist viel zu gross und zu kostspielig. Wieso übernimmt nicht ein privater Bordellbetreiber diese Aufgabe? Die SVP ist auch für die Schliessung des Strassenstrichs am Sihlquai, doch für diesen Schritt sind keine Verriegelungsboxen nötig. Ein Autostrassenstrich ist für viele Einwohner kein gesellschaftliches Bedürfnis. Autostrichplätze gehören in Gebiete ausserhalb der Stadt, der Name sagt es. Fussgängerfreier hingegen haben ihre innerstädtischen Zonen. Neben dem geplanten Strichplatz bauen die SBB ungefähr 120 Wohnungen, der Strich-Autoverkehr würde das Wohnquartier bald stören. Die hohen Folgekosten für den Betrieb sind inakzeptabel. Die SVP lehnt diese Weisung ab.

Catherine Rutherford (AL): In der Medienmitteilung des Stadtrats vom 25. Mai 2011 wird der ganze Ablauf dargelegt. Wir von der AL verstehen nicht, weshalb daran nicht festgehalten werden soll. Ein Massnahmenpaket zur Verbesserung der Situation ist darin vorgesehen. In der Medienmitteilung wird eine Prostitutionsgewerbeverordnung vorausgesetzt. Diese sollte im Herbst im Gemeinderat behandelt werden und auf Anfang 2012 in Kraft treten. Wir verstehen nicht, weshalb man jetzt vorpreschen und den Strichplatz bewilligen will, bevor eine Grundsatzdiskussion im Zusammenhang mit der Prostitutionsgewerbeverordnung überhaupt stattfinden konnte. Wir erachten die Verzögerung, die entstehen wird, als verantwortbar: Einerseits hat sich das Problem seit Mai 2011 nicht explosionsartig verschlimmert, sondern existiert schon seit den 90er-Jahren. Die alte Verordnung ist bereits zwanzig Jahre alt und bedarf jetzt der Überarbeitung. Andererseits ist der Schutz der Frauen ein Pseudoargument angesichts der speziellen Regelung hierzulande, wonach sich schon 16-Jährige prostituieren dürfen und angesichts der ganzseitigen Inserate für «Super Escort Service» im City Guide von Zürich Tourismus. Deshalb soll zuerst die schwierige Grundsatzdiskussion geführt und die Verordnung erarbeitet werden.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Oliver Dogwiler (SVP): Es geht um mehr als um die 2,4 Mio. Franken. Es werden Folgekosten von rund 500 000 Franken pro Jahr entstehen. Bei einer Projektdauer von zehn Jahren bedeutet dies eine Investitionssumme von mehr als 7 Mio. Franken. Selbst wenn man die Strichboxen befürwortet, kann man sie nicht als nachhaltige Problemlösung bezeichnen. In zehn Jahren wird das Areal nämlich zum Tramdepot umfunktioniert werden. Die Strichboxen werden bei den Freiern nicht auf Akzeptanz stossen, was weitere Probleme verursachen wird. Als erste Stadt hat Dortmund solche Verrichtungsboxen eingeführt. Im Mai 2011 musste der dortige Strichplatz jedoch geschlossen und als gescheitert bezeichnet werden. Man wurde den Problemen, die der Strichplatz verursachte, nicht Herr und Meister. Der Strichplatz zog Banden und Kriminelle aus dem Ostblock an, die im ganzen Ruhrgebiet operierten. Schliesslich musste der Platz geschlossen werden, das Projekt war gescheitert. Aus den Medienmitteilungen der Städte Köln und Bonn geht hervor, dass die dortigen Plätze ebenfalls geschlossen werden müssen. Unter Berücksichtigung dieser Erfahrungen ist es unverständlich, weshalb die Stadt Zürich für 7 Mio. Franken den gleichen Fehler begehen sollte. Ich bitte Sie daher, die Weisung abzulehnen.

Guido Bergmaier (SVP): Hedy Schlatter hat vorhin gefragt, ob ein Autostrichplatz Aufgabe des Staats sei, die Antwort lautet: Nein. Ich wurde schon oft auf das Projekt des subventionierten Strichplatzes angesprochen und habe dabei nur selten Zustimmung gehört. Es sind sich alle einig, dass der Strassenstrich am Sihlquai geschlossen werden muss. Es gibt in dieser Branche genug privat geführte und kontrollierte einschlägige Betriebe. Unisono werden die viel zu hohen Kosten für den Versuch eines provisorischen Freiluftbordells zulasten der unbeteiligten Steuerzahler beklagt. Es ist bekannt, dass in Deutschland ähnliche Projekte nicht funktionieren. Die Leute fordern zumindest kostendeckende selbsttragende Massnahmen, alles andere wäre ein Witz. Gerade in

Altstetten und Höngg sieht man nicht ein, weshalb für 80 eingeplante Prostituierte so viel Geld vorhanden sein soll, während nach Jahren noch immer kein müder Rappen ausgegeben wird für weit mehr als 80 fussballhungrige Mädchen und Knaben auf Trainingswartelisten. Eine Turnhalle in Altstetten und ein Fussballplatz auf dem Hönggerberg wären viel billiger und erst noch gesünder. Eine erboste junge Frau sagte mir, sie sei doch nicht bereit, mit ihren Steuern das Vergnügen von «Böcken» aus der Agglomeration zu bezahlen. Für die Benützung eines Parkplatzes muss in der Stadt Zürich bezahlt werden; je kostspieliger der Platz, desto höher sind die Gebühren. Dies muss auch für die Freier gelten. Ich hoffe, dass Sie die Weisung ablehnen.

Christian Traber (CVP): *Die CVP-Fraktion wird dieser Vorlage zustimmen. Es ist unbestritten, dass im Umfeld der Prostitutionsszene verschiedenste vielschichtige, tief greifende Probleme auftreten. Der heutige Zustand am Sihlquai, aber auch anderswo, ist unhaltbar und bedarf dringender Veränderung zugunsten der umliegenden Bevölkerung, Gewerbebetriebe, Schulen usw. Die CVP-Fraktion ist froh, dass der Stadtrat die Massnahmen gebündelt hat, denn nur so können die vielschichtigen Probleme gelöst werden. Diese Massnahmen, aber auch die Zusammenarbeit mit dem Kanton, sind nötig, um den Missständen Einhalt bieten zu können. Der Strichplatz in Altstetten ist für uns nicht das Allerheilmittel, aber er ist ein wichtiges Puzzleteil zur Verbesserung der Situation am Sihlquai und anderswo. Die nötigen Sportplätze, die Guido Bergmaier erwähnt hat, sollten nicht gegen einen Strichplatz ausgespielt werden. Es mag sein, dass der staatliche Strichplatz auch und vor allem der Agglomeration zugute kommt, deshalb ist es wichtig, dass nicht nur die Stadt, sondern auch der Kanton seinen Beitrag leistet. Die hohen Kosten sind gerechtfertigt, der Versuch muss gewagt werden. Wir sind überzeugt, dass der Strichplatz im Verbund mit den anderen Massnahmen gelingen kann, deshalb stimmen wir der Vorlage zu.*

Alain Kessler (FDP): *Auch wir von der FDP unterstützen die Weisung. Es geht vor allem um die untragbaren Zustände am Sihlquai. Für uns steht im Vordergrund, dass der dort wohnenden und arbeitenden Bevölkerung geholfen wird. Mit der Schaffung des Strichplatzes am Depotweg kann dies erreicht werden. In ausländischen Städten hat man mit solchen Einrichtungen grundsätzlich positive Erfahrungen gemacht. Die Stadt hat ein geeignetes Gelände gefunden. Das Grundstück wird zurzeit für nichts anderes gebraucht. Die Stadtverwaltung ist vernünftig und pragmatisch an das Projekt herangegangen; es wird nur das Nötigste gemacht werden. Ein grosser Teil der Kosten betrifft die Altlastenentsorgung, die sowieso irgendwann vorgenommen werden müsste. Ein anderer Teil betrifft die Miete für dieses sich im Finanzvermögen der Stadt Zürich befindende Grundstück. In der Verwaltung werden übrigens keine neuen Stellen für dieses Projekt geschaffen. Positiv ist auch, dass die Prostituierten dank dem Strichplatz besser vor Gewalt durch Zuhälter und Freier geschützt werden können. Auch die Betreuung (Gesundheit, Hygiene) kann besser gewährleistet werden. Natürlich ist es unschön, dass nicht die Verursacher, sondern die Steuerzahler zur Kasse gebeten werden. Eine kleine Unsicherheit, ob das Projekt auch wirklich funktionieren wird, bleibt. Aber um der Bevölkerung am Sihlquai sowie dem Image der Stadt Zürich zu helfen, ist es sinnvoll, die Weisung zu unterstützen. Die SVP hat zwar ein paar richtige Argumente vorge-*

bracht, jedoch keinen Vorschlag, wie sonst der Bevölkerung am Sihlquai in nächster Zeit geholfen werden könnte. Andere Argumente hingegen sind schwammig, wie z. B. dasjenige betreffend die Anonymität der Freier, denn auch am Sihlquai ist die Anonymität nicht zwingend gewährt. Es ist keine Aufgabe des Staats, einen Strassenstrich einzurichten und zu betreuen, aber es ist sehr wohl die Aufgabe des Staats, für Sicherheit, Ruhe und Ordnung zu sorgen. Aus diesen Gründen unterstützt die FDP die Weisung. Den Antrag der AL unterstützen wir hingegen nicht, weil die Verbindung zur Prostitutionsgewerbeverordnung nicht zwingend ist.

Maria Trottmann (GLP): *Die GLP-Fraktion wird diese Weisung trotz einiger Zweifel und Fragezeichen unterstützen. Die heutige Situation auf dem Strassenstrich muss verbessert werden, nicht nur für die Anwohnerinnen und Anwohner, sondern vor allem auch für diejenigen, die dort arbeiten. Die Expertinnen und Experten der Stadt Zürich sind zum Schluss gekommen, dass der Strichplatz die beste Antwort auf die heutige Situation ist. Wir hoffen, dass das Experiment gelingen wird; dass erstens der Strichplatz auch wirklich genutzt werden und zweitens die Gewalt durch Freier und Zuhälter sinken wird. Bedenken haben wir, dass gewaltbereite Freier andere Strassenstriche aufsuchen und dort die Sicherheit der Prostituierten gefährden könnten. Es ist sicher auch nicht ideal, dass der Platz am Depotweg nur befristet existieren kann, und die Baukosten im Fall eines erfolgreichen Projekts zweimal anfallen werden. Wir sehen aber, dass es sehr schwierig ist, einen Standort zu finden und dass es den perfekten Standort wahrscheinlich gar nicht gibt. Ein besonderer Wermutstropfen ist für uns, dass die drastische Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auf dem Strassenstrich nach den bilateralen Verträgen vielleicht hätte verhindert werden können, wenn der Kanton Zürich, wie z. B. der Kanton Bern, von Personen, die als selbständige Dienstleistungserbringer 90 Tage in der Schweiz arbeiten wollen, verlangen würde, dass sie tatsächlich als selbständigerwerbend bei den Sozialversicherungen gemeldet sind. Da dies nicht der Fall ist, gilt es für die Stadt Zürich, die negativen Begleiterscheinungen des Strassenstrichs zu minimieren. Zum Änderungsantrag der AL ist zu sagen, dass die Verordnung nicht die gesetzliche Grundlage für den Strichplatz schafft. Es wäre denkbar, dass man einen Strichplatz aber keine neue Verordnung fordern würde. Schon heute hat der Stadtrat die Kompetenz, Orte zu bestimmen, an denen ein Strassenstrich stattfinden kann. Er hat weiter die Befugnis, eine eigene Ordnung für den Strichplatz zu erlassen, da sich das Grundstück im Besitz der Stadt befindet. Wir werden deshalb dem Mehrheitsantrag folgen.*

Hans Urs von Matt (SP): *Die SP-Fraktion unterstützt diese Weisung insbesondere deshalb, weil es darum geht, die unhaltbaren Zustände am Sihlquai aufzulösen. Die SVP hat nur die schlechten Beispiele im Ausland erwähnt, nicht aber die guten. Das Sozialdepartement wird anhand der schlechten Beispiele lernen können. Ein heikler Punkt wird die soziale Kontrolle sein, weil der Strichplatz nicht einsehbar ist. Wichtig ist uns auch die Zusammenarbeit mit den NGOs, die eine wichtige Arbeit leisten auf diesem Gebiet. Den Änderungsantrag der AL unterstützen wir nicht, da für uns ein direkter Zusammenhang zwischen der Verordnung und dem Strichplatz nicht gegeben ist. Ich bitte Sie daher, den Änderungsantrag der AL abzulehnen und der Weisung zuzustimmen.*

Linda Bär (SP): Wie soeben gesagt, erachten wir die Abriegelung des Strichplatzes und die dadurch erschwerte soziale Kontrolle nicht als ideal. Wir sind aber auf den Strichplatz angewiesen, weil der Strassenstrich am Sihlquai nicht ohne Alternativangebot aufgelöst werden kann. Es ist keineswegs pseudofeministisch, wenn mithilfe des Strichplatzes Freier- und Zuhältergewalt verhindert wird. Ich bitte Sie um Zustimmung.

Thomas Wyss (Grüne): Die Grünen werden der Weisung ebenfalls zustimmen und den Änderungsantrag der AL ablehnen. Der Strichplatz kann ohne die Prostitutionsgewerbeverordnung umgesetzt werden, wobei wir klar der Meinung sind, dass die Verordnung ein wichtiger Teil des Gesamtpakets ist. Der Schutz für die anliegende aoz-Siedlung ist einigermassen gegeben, bedarf aber sicher einer Begleitung, sobald der Platz offen ist. Die konzentrierte Platzgestaltung wird mehr Sicherheit für die Frauen schaffen und auch in Bezug auf den Menschenhandel von Vorteil sein. Die Folgekosten müssen mit den heutigen hohen Kosten, die am Sihlquai anfallen, verglichen werden. Ich bitte Sie, der Weisung des Stadtrats zuzustimmen.

Patrick Blöchliger (SD): Wir Schweizer Demokraten haben Bedenken, ob die Verlagerung des Strassenstrichs klappen wird. Dies gilt umso mehr angesichts des intensiven Bestrebens von Seiten der Behörden, die Prostituierten zu bemuttern und zu betreuen. Im Milieu ist dies nämlich gar nicht erwünscht, auch nicht bei den Freiern. Es könnte deshalb sein, dass die Prostituierten den Platz gar nicht nutzen, weil er ihr Geschäft nicht fördert. Auch wenn der Strichplatz abseits liegt, wird das angrenzende Quartier möglicherweise erheblich belastet werden. Unabhängig davon wird es sowieso weiterhin auch an anderen Orten in der Stadt einen Strassenstrich geben. Die Stadt Zürich zählt viel mehr Strassenprostituierte, als der Platz überhaupt aufnehmen kann. Auch mit erheblichem Polizeiaufwand lässt sich nicht verhindern, dass Prostituierte in den traditionellen Vergnügungsvierteln stehen, um Freier aufzugabeln. Wir sind nicht der Meinung, dass es Staatsaufgabe ist, die Strassenprostituierten mit einem Millionenaufwand zu betreuen. Auch müssen wir mit unseren Steuermitteln Frauen aus Osteuropa nicht Um- oder Aussteigerhilfe leisten oder ihnen bei der Wohnungssuche oder Schuldensanierung behilflich sein. So würden wir Zürich nur noch attraktiver machen für das Importmilieu, was den schon länger hier ansässigen Prostituierten die Arbeits- und Lebensbedingungen noch schwerer machen würde. Was Gewaltdelikte betrifft, so verfügt Zürich über eine gute Polizei, die richtig vorzugehen weiss. Gesamthaft betrachtet kann die Lösung des Problems nur darin bestehen, den Zustrom von auswärtigen Prostituierten einzudämmen. Solange die Personenfreizügigkeit gilt, nützen aber sämtliche Massnahmen nichts. Wir lehnen die Vorlage deshalb ab.

Claudia Rabelbauer (EVP): Die EVP bedauert, dass zusammen mit dem Sihlquai nicht auch alle übrigen Strichzonen aufgelöst werden. Wir sind der Meinung, dass dieser Strichplatz-Schnellschuss nur zu einer Verlagerung des Problems führen wird, nämlich vom Sihlquai auf andere Strichzonen oder auf die Agglomeration. Damit würden wir das Problem dem Kanton zuschieben. Deshalb muss der Stadtrat zwingend mit dem Kanton zusammenarbeiten und die Führung übernehmen. Kurzfristige Lösungen sind nun mal nicht immer die besten. Als Alternative sieht die EVP eine mögliche Verlagerung der

Prostitution weg von der Strasse hin zu privaten, bewilligungspflichtigen, womöglich von Prostituierten selbstverwalteten Einrichtungen, die wie alle anderen Gewerbe bestimmten Auflagen unterstellt sind. Es braucht Arbeitsverträge und -bewilligungen für die Prostituierten, dies würde die schwammigen rechtlichen Verhältnisse ein Stück weit klären. Wir unterstützen den Antrag der AL, weil wir finden, dass das Gesamtpaket diskutiert werden sollte. Von verschiedensten Seiten haben wir gehört, dass es Fragezeichen gibt. Es ist fahrlässig, dem Stadtrat die Katze im Sack im guten Glauben einfach abzukaufen und zu hoffen, es komme schon irgendwie gut. Der Strassenstrich ist aus unserer Sicht nicht mehr zeitgemäss. Der Strichplatz ist unwirksam und teuer. Da weder die Freier noch die Prostituierten etwas für die Nutzung bezahlen, subventioniert der Steuerzahler letztlich die Zuhälter. Was uns auch sehr beschäftigt, ist die Frage, was mit den vielen anderen Frauen passiert, die keinen Platz bekommen auf dem Strichplatz, erst recht angesichts der Tatsache, dass Flora Dora sich von der Strasse zurückziehen und nur noch auf dem Strichplatz präsent sein wird. Der Strichplatz ist ein Privileg für ein paar wenige und letztlich wiederum für die Zuhälter. Es fragt sich weiter auch, wer überhaupt bestimmen wird, wer auf dem Strichplatz arbeiten darf und wer nicht. Die Sache geht überhaupt nicht auf, sie ist problematisch, unwirksam, teuer, aufwendig und ungerecht. Es ist der falsche Zeitpunkt dafür, und es gibt keine zeitliche Befristung, damit man es als Versuch betrachten könnte. Wir lehnen die Weisung ab.

Dr. Daniel Regli (SVP): *Wir sind uns einig, dass der Strassenstrich am Sihlquai aufgehoben werden muss, wehren uns aber vehement dagegen, dass der Strichplatz der Öffentlichkeit als markante Hilfe verkauft wird. Es wohnen sehr wohl Leute in der Nähe des Strichplatzes, nämlich die 130 Bewohnerinnen und Bewohner der aoz-Siedlung. Widerstand regt sich sowohl in Altstetten als auch im Niederdorf, weil der Druck auf die anderen Strichzonen zweifelsohne zunehmen wird. Diese befinden sich an folgenden Orten: Limmatquai, Seilergraben, Niederdorf, Gessnerallee, Stauffacherquai, Wallisellerstrasse, Allmendstrasse, Bellerivestrasse, Pfingstweidstrasse, Förrlibuckstrasse. Frage an den Stadtrat: Wie soll erreicht werden, dass die Leute nicht einfach auf die genannten Zonen ausweichen? Und wie soll verhindert werden, dass die Zustände, wie wir sie heute am Sihlquai haben, in Zukunft nicht an einem anderen Ort herrschen werden? Eine Problemverlagerung ist uns nicht Millionen wert.*

Urs Fehr (SVP): *Der Typ Mann, der sich eine Prostituierte ins Auto holt, wird bestimmt nicht in eine Verrichtungsbox fahren, wo er befürchten muss, beobachtet und gefilmt zu werden. Er wird im Gegenteil einfach auf andere Zonen ausweichen oder die Prostituierten werden merken, dass nichts mehr läuft und werden früher oder später wieder auf die Strasse gehen. Den Strassenstrich am Sihlquai gibt es schon sehr lange, und wer an den Sihlquai zieht, weiss, worauf er sich einlässt. Man müsste dort die Strasse einfach möglichst eng beschneiden und ein paar Abfalleimer und WC hinstellen, damit könnte schon eine Verbesserung erzielt werden. Der Strassenstrich wird nicht aussterben, so lange es diesen speziellen Typ Mann gibt.*

Marc Bourgeois (FDP): *Die Prostitutionsgewerbeverordnung und der Strichplatz sind zwei sich ergänzende Dinge. Allein kann man den Strichplatz zwar realisieren, aber er*

wird sicher weniger wirksam werden. Gemäss Bundesgericht muss die Stadt Zürich den Strassenstrich tolerieren, es fragt sich nur, wo er stattfinden soll. Die Kostenbedenken der SVP teile ich grundsätzlich. Es wird aber eine Herkulesaufgabe sein für die Polizei, die NGOs und alle anderen betroffenen Institutionen, den grossen Strassenstrich zu verschieben. Es wird nichts helfen, wenn man den Freiern Kosten auferlegt. Erst in einer späteren Phase könnte vielleicht über eine Kostenbeteiligung der Freier nachgedacht werden. Die polizeiliche Arbeit wird aber grundsätzlich erleichtert und effizienter. Das Gesamtpaket beinhaltet übrigens eine massive Reduktion des Strichplans, der in der Kompetenz des Stadtrats liegt. Wenn wir dazu ja sagen, haben wir die Freier, die Zuhälter und die Prostituierten in der Hand. Wer jetzt nein sagt zum Strichplatz, der sagt ja zum Sihlquai und auch ja zur Zähringerstrasse, wie sie sich heute präsentiert.

Urs Weiss (SVP): Es darf einfach nicht sein, dass die Stadt und die Steuerzahler jährlich 550 000 Franken aufwenden, um ein rein privates Vergnügen einer gewissen Klientel zu finanzieren. Sicher hat es den Strich schon immer gegeben, aber wer ein Vergnügen will, soll gefälligst selber dafür bezahlen. Lehnen Sie die Weisung bitte ab.

Marianne Aubert (SP): Der Stadtrat hat alle Strichzonen, die Daniel Regli aufgezählt hat, zur Aufhebung ausgeschrieben. Es soll nur noch drei Zonen geben. Im Zusammenhang mit dem Letten- und Platzspitz-Elend hat Zürich schon einmal bewiesen, dass es fähig ist, für gravierende Missstände nachhaltige Lösungen zu erarbeiten. Im Moment haben wir das Sihlquai-Elend, und dafür gibt es jetzt die vom Stadtrat vorgeschlagene Lösung. Ich hoffe sehr, dass die Mehrheit dem Versuch mit dem Strichplatz zustimmt.

Claudia Rabelbauer (EVP): Ich wehre mich dagegen, dass man die EVP jetzt einmal mehr in die Moral-Ecke stellt. Die EVP möchte die Prostituierten von der Strasse wegbringen und ihnen zu sichereren Arbeitsbedingungen verhelfen. Der Strichplatz greift jedoch zu kurz, er wird nur wenige privilegieren und kommt aus unserer Sicht überstürzt. Private Angebote könnten bestimmt ebenso schnell, billig, niederschwellig und anonym gestaltet werden und müssten nicht zwingend auf der Strasse stattfinden. Wer unbedingt in einem Auto sitzen muss, kann sich auch in ein Auto setzen, das in einer Wohnung steht. Wir haben doch viele Ideen! Früher hätte auch niemand gedacht, dass man den Platzspitz wieder der Öffentlichkeit zugänglich machen könnte. Was den Bundesgerichtsentscheid betrifft: Wieso hat die Stadt nicht den Mut, zu fordern, bei einem Alternativangebot den Strassenstrich auflösen zu dürfen?

Sven Oliver Dogwiler (SVP): Ich nehme zur Kenntnis, dass bisher noch keine Partei zu erklären versucht hat, weshalb das Projekt ausgerechnet in Zürich funktionieren sollte, nachdem es in Deutschland gescheitert ist.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Martin Waser: Solange wir die diskutierte Lösung nicht konkret angehen, werden wir nicht wissen, was möglich ist und was nicht. Wir sind uns einig, dass der jetzigen Situation ein Ende gesetzt werden muss. Der Kostenaufwand für den Unterhalt der heu-

tigen Strichzonen ist langfristig mit Sicherheit höher als die Kosten des Strichplatzes. Es geht nicht um eine Privilegierung gewisser Frauen und schon gar nicht von Zuhältern. Indem wir einen Platz betreiben, haben wir die Hoheit über diesen und können bestimmen, welche Regeln gelten sollen. Sachverständige Leute aus der Verwaltung haben im Ausland sowohl die erfolgreichen als auch die gescheiterten Projekte angeschaut und analysiert. Daraus konnten wichtige Erkenntnisse gewonnen werden, aufgrund derer herausgefunden werden kann, wie die Instrumente richtig einzusetzen sind, damit das Projekt funktioniert. Ich kann Ihnen aber nicht versichern, dass es funktionieren wird, denn wenn man etwas Neues wagt, bleibt ein Risiko. Unternehmen wir aber nichts, wissen wir mit Sicherheit, dass die Probleme am Sihlquai fort dauern, und das ist nicht akzeptabel. Von der heutigen politischen Debatte erhoffe ich mir vom Gemeinderat, dass er so entscheidet, dass wir einen Schritt weiter kommen und die Planung vorantreiben können. Wichtig ist auch die Zusammenarbeit mit dem Kanton, die als gut funktionierend bezeichnet werden darf. Die Prostitutionsgewerbeverordnung ist ebenfalls wichtig, doch wenn wir zuwarten, bis alles zeitgleich umgesetzt werden kann, sind wir in zehn Jahren noch nicht fertig. Ich ermuntere Sie, das Experiment zu wagen. Eine alternative Lösung haben wir nicht. Die Zusammenarbeit in der Verwaltung, im Stadtrat und auch über die Parteigrenzen hinaus ist intakt, sodass eine gute Koalition und letztlich eine tragfähige Lösung zustande kommen kann.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK SD beantragt Ablehnung der nachfolgenden Ergänzung des Antrags des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SD beantragt folgende Ergänzung des Antrags des Stadtrats:

1. Für die Einrichtung des Strichplatzes sowie die anteilige Altlastensanierung wird ein Objektkredit von Fr. 2 395 000.– (Preisstand 1. April 2011) bewilligt, wovon Fr. 1 900 000.– für die Erstellung des Strichplatzes und Fr. 495 000.– für die Entsorgung der Altlasten. Die Verwendung des Objektkredites steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Gemeinderates zur Prostitutionsgewerbeverordnung als Rechtsgrundlage für den Strichplatz.

Mehrheit: Präsident Marcel Savarioud (SP), Referent; Vizepräsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Linda Bär (SP), Sven Oliver Dogwiler (SVP), Dominique Feuillet (SP), Alain Kessler (FDP), Hedy Schlatter (SVP), Maria Trottmann (GLP), Hans Urs von Matt (SP), Thomas Wyss (Grüne)

Minderheit: Catherine Rutherford (AL), Referentin

Abwesend: Christian Traber (CVP), Ursula Uttinger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 9 Stimmen zu.

10 / 10

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Präsident Marcel Savarioud (SP), Referent; Linda Bär (SP), Dominique Feuillet (SP), Alain Kessler (FDP), Maria Trottmann (GLP), Hans Urs von Matt (SP), Thomas Wyss (Grüne)
Minderheit:	Hedy Schlatter (SVP), Referentin; Vizepräsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Sven Oliver Dogwiler (SVP)
Enthaltung:	Catherine Rutherford (AL)
Abwesend:	Christian Traber (CVP), Ursula Uttinger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 30 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für die Einrichtung des Strichplatzes sowie die anteilige Altlastensanierung wird ein Objektkredit von Fr. 2 395 000.– (Preisstand 1. April 2011) bewilligt, wovon Fr. 1 900 000.– für die Erstellung des Strichplatzes und Fr. 495 000.– für die Entsorgung der Altlasten.
2. Im Hinblick auf die Übertragung des Areals Ecke Aargauer-/Würzgrabenstrasse mit der Grundstücksnummer AL8240 vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen überlässt die Liegenschaftenverwaltung 10 700 m² dieses Grundstücks dem Sozialdepartement für die provisorische Nutzung als Strichplatz zu einem jährlichen Mietbetreffnis von Fr. 92 480.–.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 21. September 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 20. Oktober 2011)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat